

Die Zerstörung demokratischer Infrastruktur

Zu: „Finanzamt entzieht Antifaschisten Gemeinnützigkeit“ und „Demokratie im Zangengriff“, FR-Politik und -Meinung vom 23. November

Einfluss auf politische Willensbildung

Das Thema Gemeinnützigkeit treibt bunte Blüten. Nun ist auch der „Bundesvereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ die Gemeinnützigkeit aberkannt worden. Ich kann kaum glauben, dass das im Interesse des damaligen Finanzministers Schäuble stand, als er sich an seinem Lieblingsfeind Attac abarbeitete und den Bundesfinanzhof dazu bewegte, ein Gerichtsurteil des hessischen Finanzgerichts überprüfen zu lassen. Das hessische Gericht hatte Attac bescheinigt, dass sein Wirken, entgegen der Auslegung des Finanzamtes, den Kriterien der Gemeinnützigkeit entspricht, und somit Spenden an Attac weiterhin steuermindernd zu berücksichtigen sind. Der Bundesfinanzhof hat die seit über 40 Jahre gültige Abgabenordnung (AO) dann enger ausgelegt, was seit Anfang dieses Jahres zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit von Attac, Campact und nun den Antifaschisten geführt hat.

Alle demokratischen Kräfte müssen doch eigentlich auf die Barrikaden gehen, wenn die Politik den kritischen, zivilgesellschaftlichen Organisationen den finanziellen Boden entziehen will. Während die Wirtschaftsverbände und die Industrie ihre Lobbyarbeit steuerbegünstigt durchführen, dürfen Privatpersonen, die sich politisch über zivilgesellschaftliche Organisationen engagieren wollen, ihren finanziellen Aufwand nicht steuerlich geltend machen. Dieser Lobbyismus dient, nach der Aussage des Bundesfinanzhofs, keinen gemeinnützigen Zwecken, da er politische Zwecke durch Einflussnahme auf politische Willensbildung und Gestaltung der öffentlichen Meinung verfolgt. Ja was denn sonst? Natürlich wollen die Bürger gehört werden und Einfluss nehmen.

Was verfolgt denn beispielsweise der Arbeitgeberverband Gesamtmetall, wenn er den Lobbyverein „Initiative neue soziale Marktwirtschaft“ mit einer Anschubfinanzierung von 100 Millionen Euro steuerwirksam unterstützt? Er will die Verbreitung seiner politischen Ziele und will Einfluss auf politische Willensbildung nehmen. Und genau diese dürfen nach der gültigen AO und der umstrittenen engen Auslegung des Bundesfinanzhofs zivilgesellschaftliche Organisationen nicht bzw. sie verlieren dann ihre Gemeinnützigkeit. Damit wird das ohnehin vorhandene finanzielle Ungleichgewicht noch weiter zugunsten der Wirtschaft verschoben.

Das, was unsere Politiker gerne in totalitären Staaten bemängeln, dass kritische Organisationen und Oppositionelle unterdrückt und finanziell ausgeblutet werden, wird auch bei uns zum Schaden der Demokratie und der demokratischen Willensbildung praktiziert. Der SPD Finanzminister Scholz muss die Abgabenordnung endlich so ausgestalten, dass die zivilgesellschaftlichen Organisationen die gleichen Rechte wie z.B. Wirtschaftsverbände haben und, genau wie diese, mit ihren Aktionen Einfluss auf die demokratische Willensbildung nehmen dürfen.

Dieter Murmann, Dietzenbach

Unterstützung für die VVN – jetzt erst recht!

Mit Fassungslosigkeit und Empörung lasen wir in der Frankfurter Rundschau, dass der VVN-BdA, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, die Gemeinnützigkeit aberkannt wurde, unter der Verantwortung eines SPD-Finanzministers Olaf Scholz.

Die VVN ist die einzige überparteiliche Organisation von Opfern und aktiven Gegnern des Naziregimes, von befreiten KZ-Häftlingen 1947 in Frankfurt am Main gegründet. Sie betreibt aktiv Aufklärungsarbeit gegen faschistische Entwicklungen in Deutschland, tritt seit Jahrzehnten in Schulen mit ZeitzeugInnen und ReferentInnen auf – und das soll jetzt auf einmal nicht mehr gemeinnützig sein, während rechtspopulistische und Naziparteien im Vormarsch sind, Rüstungslobbyorganisationen und Bünde ehemaliger Wehrmachtssoldaten hingegen

weiter als gemeinnützig anerkannt bleiben. Mit diesem Schritt sind regierungsamtliche Verkündigungen, man solle und wolle Kriegshetzern, Rassisten und Neonazis mutig gegenüber treten, restlos unglaubwürdig.

Man muss sich gegenüber ausländischen Freunden für diese Republik und ihre Minister schämen – und man sollte die VVN unterstützen, jetzt erst recht!

Annette Püntmann und Gebhard Hofner, Münster

Kaum diskutiert und unbeachtet durchgesetzt

Wenn die politische Basis sich auf gemütliche Weihnachtsfeiern vorbereitet, nutzt das politische Berlin die ruhige Zeit für das möglichst unbeachtete Durchsetzen kaum diskutierter Pläne. Das vorrangige Ziel 2019 scheint die Zerstörung demokratischer Infrastruktur zu sein. Scholz nimmt politisch kritischen Vereinen wie Attac, Campact oder VVN-BdA die steuerbefreiende Gemeinnützigkeit und Scheuerpeitscht sein Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz (MgvG) durch die Gremien, damit baldmöglichst Bürger und Bürgerinitiativen zugunsten besserer Durchsetzbarkeit von Projekten massiv bisherige Klagerechte verlieren. Manfred Alberti, Wuppertal

Alle Leserbriefe dieses Leserforums finden Sie online im FR-Blog unter frblog.de/lf-20191202

Beitrag zum Frieden

Zu: „Weniger Visumpflicht, mehr Freundschaft“, FR-Meinung vom 20.11.

Die Aussagen von Michail Fedotow und Dirk Wiese können wir voll unterstützen. Vor dem Hintergrund des furchtbaren Leids, das Nazi-Deutschland über Russland gebracht hat, sind Jugendbegegnungen von großer Bedeutung, denn Jugendliche sind die Erwachsenen von morgen.

Seit über 30 Jahren führt unser gemeinnütziger Verein und Träger der Jugendhilfe Begegnungen von Jugendlichen aus Ostfriesland und dem Emsland mit Jugendlichen aus Tjumen/Westsibirien durch. Jugendliche aus einkommensschwachen Familien oder mit Handicaps werden besonders berücksichtigt. Die Begegnungen betrachten wir als Beitrag zum Frieden, weil in den letzten Jahrzehnten viele Freundschaften geknüpft und gegenseitige Vorurteile abgebaut werden konnten. Wer Freunde im Ausland hat, ist weniger anfällig für Ausländerfeindlichkeit.

Die Begegnungen sollten durch den Wegfall der Visumpflicht erleichtert werden. Derzeit müssen unsere Freunde aus Tjumen nach Jekaterinburg fahren, um sich persönlich beim deutschen Konsulat um ein Visum zu bemühen. Das sind 365 Kilometer für eine Fahrt und Kosten. Unsere Freunde nehmen diese Strapazen auf sich, weil ihnen die Freundschaft mit Deutschen viel bedeutet.

Herbert und Ingrid Broich, Rhauderfehn-Burlage